

Kommunalwahl 2014

Stadtrat: Drei Fragen an die „kleinen“ Parteien

Am 25. Mai bestimmen die Bürger über die Zusammensetzung des neuen Neuwieder Stadtrates. Nachdem wir kürzlich in einem Interview mit Sven Lefkowitz und Martin Hahn die Positionen von SPD und CDU abgeklopft haben, kommen heute die sieben „kleinen“ Parteien zu Wort. Wir haben die jeweiligen Spitzenkandidaten gebeten, uns drei Fragen möglichst kompakt zu beantworten.



Wie wollen Sie den Standort Neuwied in den Bereichen Wirtschaft/Einzelhandel/Tourismus stärken?

Faktoren wie ein kurz getakteter ÖPNV, gepflegtes Grün, sicheres Radwegnetz, ausreichend Kindertagesstätten-Plätze, ein gutes Schulangebot und eine vielfältige Kulturszene locken qualifizierte Mitarbeitende an und machen damit Neuwied als Wirtschaftsstandort attraktiv. Das stärkt sowohl Wirtschaft als auch Tourismus und Einzelhandel. Gezielte Wirtschaftsförderung, Weiterentwicklung des Innenstadtkonzeptes, Stadtteilentwicklung und das Hervorheben als lebenswerte und vielfältige Wohnstadt sind wichtig für Neuwied.



Regine Wilke



Ist Neuwied mit seinem vorhandenen Wohnraum für die Zukunft gerüstet?

Sowohl der Bedarf an Wohnungen als auch die Mietpreise sind in den letzten Jahren moderat gestiegen. Neuwied hat schönen und vielfältigen Wohnraum. Die Schließung der Baulücken im Innenbereich, gleich ob Innenstadt oder Stadtteil sollte Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Baugebiete. Die GSG als stadt-eigene Tochter sollte ihr Potenzial nutzen, um neue Formen des Zusammenwohnens anzubieten. Dazu wäre es gut, gemeinsam mit bereits bestehenden Interessengruppen ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten und umzusetzen.



Welche Posten in Stadtvorstand, SWN und GSG sollten nach der Wahl wie vergeben werden? Sind strukturelle Änderungen nötig?

Die GSG hat mit dem Bau der Kindertagesstätten und der Realisierung der Neubauten im Zeppelinhof eine große Aufgabe zu bewältigen, die viele Kapazitäten bindet. Andere Aufgaben wie Bestandhaltung, Wohnraumkonzepte für Neuwied oder Projekte mit neuen Wohnformen dürfen, will die GSG den Anschluss an das moderne Wohnen nicht verlieren, nicht zu kurz kommen. Dafür bedarf es eines weiteren Geschäftsführers, der eigenständige Entscheidungskompetenzen hat. Hier gehört ein Wohnungsbau erfahrener Fachmann hin, kein Partei-Protégé. Gleiches gilt für die SWN.



Gewerbeflächen müssen zielgerichtet ausgeweitet, das Glasfasernetz ausgebaut werden, um den Anschluss nicht zu verlieren. Die Wirtschaftsförderung muss in den Blick genommen und verstärkt werden. Mehr Wert muss auf Vernetzung gelegt und Kooperation mit Wirtschafts- und Aktionsforum intensiviert werden. Die Anstellung des Citymanagers war ein erster Schritt. Weitere müssen folgen, um die Attraktivität der Innenstadt zu steigern. Z. B. durch bauliche Veränderungen wie das neue Deichvorgebiet aber auch durch Ansiedlung neuer Geschäfte. Der Handel ist mit einheitlichen Geschäftszeiten gefordert. Beim Tourismus müssen die „Pfund“ Neuwieds stärker zum Tragen kommen und besser präsentiert werden.

Karl-Josef Heinrichs

Durch den demografischen Wandel müssen neue Formen des Wohnens gefunden werden. Es ist sehr wichtig differenzierte Angebote je nach Bedürfnissen vorzuhalten, damit die Menschen so lange sie es wünschen und es geht, selbstbestimmt in ihrer eigenen Wohnung leben können. Die Innenstadt muss wieder belebt und auch zur Wohnstadt mit entsprechendem Angebot werden. Hier ist die GSG als größter Anbieter und städtische Tochter in einer hervorgehobenen Verantwortung. Neben den bisher umgesetzten Projekten sehen wir hier noch ein deutliches Potenzial für weitere Initiativen. Auch in der Schaffung und Vorhaltung von preiswertem Wohnraum muss die GSG ihrem sozialen Auftrag Rechnung tragen.

Bei SWN und GSG sind Geschäftsführer und Direktor im Amt. Hier sieht die FWG keine Notwendigkeit wieder einen zweiten Posten nach dem Parteibuchprinzip – einen für die CDU und einen für die SPD – einzuführen. In den Unternehmungen werden Fachleute und keine Parteifunktionäre gebraucht. Strukturelle Veränderungen im Hinblick auf einen Gesamtkonzern Stadt mit allen Unternehmungen und weiteren Synergien sind durchaus angebracht. Beim Stadtvorstand wird die Überlegung sein, ob das Amt des Beigeordneten wieder hauptamtlich besetzt werden soll oder ob die Aufgaben ehrenamtlich wahrgenommen werden können. Diese Frage wird von der politischen Konstellation nach der Wahl abhängen.



Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben, die soziale und tarifliche Mindeststandards einhalten. Genossenschaftliche Organisationsformen zur lokalen Energieerzeugung sowie energiesparende Investitionen in Gebäuden und öffentlichen Unternehmen sind zu unterstützen. Es sollte versucht werden, Neuwied, z. B. durch die Umgestaltung des Deichvorgebietes, mehr als Anlaufstelle/Zwischenhalt für Ausflugschiffe zu gewinnen. Zudem benötigen wir Konzepte, um aus Tagestouristen Übernachtungsgäste zu machen.

Tobias Härtling

Nein, wir sehen einen gravierenden Mangel bei kleinen, bezahlbaren Wohnungen für Alleinstehende zwischen 40 und 45 Quadratmeter. Wir sind dafür, im Wohnungsbestand große Wohnungen so aufzuteilen, dass mehrere kleine Wohnungen entstehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die GSG-Angebote zum generationenübergreifenden Wohnen, für Seniorenwohngemeinschaften und mehr barrierefreies Wohnen macht. Unsere ausführliche Position zu diesem Thema und vielen weiteren Fragen stellen wir natürlich auch in unserem Kommunalwahlprogramm dar, das im Internet unter www.dielinke-neuwied.de eingesehen werden kann.

Die Zusammensetzung des Stadtvorstandes wird durch Gemeindeordnung und Wahlen bestimmt. Wir werden weiteren Beigeordneten nur bei triftigen Gründen zustimmen. Pöschchenmacherei lehnen wir ab! Bei den SWN befürworten wir eine Lösung mit einem Geschäftsführer. Und bei der GSG wollen wir eine Änderung der Rechts- und Eigentumsform: Statt privatwirtschaftlich und gewinnorientiert soll die GSG eine Genossenschaft der Mieter werden, damit der soziale Auftrag umgesetzt wird und Überschüsse nicht mehr für die Sanierung des Stadthaushalts zweckentfremdet werden.



Effektive Standortpolitik setzt eine klare Profilierung und Kommunikation des Standortes Neuwied und seiner Stärken voraus. Die Wirtschaftsförderungs- und Tourismusagenturen im Kreis Neuwied müssen ihre Aktivitäten in diesem Sinne koordinieren und für alle Fragen einen kompetenten Ansprechpartner bieten. Unternehmen müssen unbürokratisch und serviceorientiert als Kunden behandelt werden. Wir benötigen eine leistungsfähige und flächendeckende Verkehrs- und Informationsinfrastruktur. Zur Stärkung des Einzelhandels müssen Geschäfte angesiedelt werden, die für die Zielkundschaft interessant sind und das Gesamtangebot bereichern. Zudem muss die Stadt sicher und das Stadtbild attraktiv sein.

Dr. Jan Bollinger

Vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung und der Entwicklung von Renten, Zinssätzen und Inflation besteht auch in der Stadt und im Kreis Neuwied Nachfrage nach bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum. Die Stadt Neuwied könnte hier durch die Unterstützung von gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnprojekten die Lebensqualität der beteiligten Personen erhöhen und die öffentliche Hand finanziell entlasten. Bei den vorhandenen Immobilien fallen Leerstände und Sanierungsrückstände auch zentraler Objekte auf (Deichkrone, ehem. VHS), die dem Stadtbild schaden und teilweise auch für Passanten gefährlich werden könnten.

Die AfD setzt sich generell für schlanke und effiziente Strukturen bei Verwaltung und öffentlichen Unternehmen ein. Bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Daten der SWN fällt auf, dass andere kommunale Dienstleistungsunternehmen mit vergleichbaren Wirtschaftsdaten und/oder in Städten vergleichbarer Größe ihre Aufgaben mit deutlich weniger Mitarbeitern bewältigen. Dies sollte bei der zukünftigen Gestaltung der Aufbauorganisation der SWN berücksichtigt werden. Bei der GSG sollte statt einer Doppelspitze ein Geschäftsführer ausreichen, wie es aus guten Gründen mittlerweile auch bei den SWN der Fall ist.



Die enge Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleuten, Stadtmarketing und Politik ist eine zwingende Voraussetzung. Auch die Vermieter müssen mit ins Boot. Ein zu hoher Mietzins erstickt kleinere Geschäftsideen im Keim. Die gesunde Mischung von Geschäften ist zu Lasten von Bäckereien, Friseurläden und Ein-Euro-Shops zurückgedrängt worden. Die Außenwirkung des Stadtbildes muss verbessert werden. Die Projekte, wie Neugestaltung Deichvorgebietes und Zentraler Omnibus-Bahnhof (ZOB) helfen dabei.

Eckhard Pusch

Die Stadt Neuwied stellt über die GSG dem Markt eine große Zahl von Wohnungen zu sozialverträglichen Mietkosten mit einem ausgesprochen hohen Standard zur Verfügung. Neuwied baut auf Zukunft, auf den Zuzug junger Familien. Nach der „Bienenkaul“ soll ein weites Gebiet erschlossen werden, mit der Intention, jungen Familien ein attraktives Wohnumfeld zu vertretbaren Kosten bieten zu können. Die Füllung von Baulücken ist für uns keine Lösung.

Die Praxis hat gezeigt, das SWN und GSG nur einen Geschäftsführer je Gesellschaft benötigen. Zwei gleichberechtigte Geschäftsführer sind auch unüblich. Der Geschäftsführer der GSG wird durch zwei kompetente Prokuristinnen unterstützt. Somit ist eine Fach- und Entscheidungskompetenz in der Spitze der GSG gegeben und gilt modellhaft auch für die SWN, in der durch Stärkung der Geschäftsfelder die Kompetenz zusammengeführt werden. Eine Forderung, die wir schon immer vertreten.



Durch noch engere Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsforum und dem Aktionsforum. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, neue Ansiedlungen zu ermöglichen, vor allem im Industriegebiet „Friedrichshof“. Bei überregionalen Planungen wie Factory-Outlet-Center müssen im Widerstand Kräfte gebündelt werden, um ein weiteres Ausbluten der Innenstadt zu vermeiden und um die Kaufkraft in Neuwied zu lassen. Der Einzelhandel sollte sich mal überlegen, die Mietpreise in der Innenstadt zu ermäßigen. Stadtmarketing ist bei der hohen Schuldenlast der Stadt (11,9 Millionen Schulden im laufenden Haushaltsjahr) nicht unbedingt Aufgabe der Verwaltung.

Werner-Johann Keßler

Durch Wohngebot für ältere Menschen könnten Heimaufenthalte vermieden werden, die oft in die Sozialhilfe führen, weil das Vermögen in kurzer Zeit aufgebraucht ist und die Sozialhilfe in Form der Übernahme der ungedeckten Heimkosten dazu führt, dass Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet und nach dem Krieg wieder aufgebaut haben, zurzeit von einem „Taschengeld“ in Höhe von monatlich 102,09 Euro leben müssen. Eine Schande! Hier ist die GSG gefragt. Zu überlegen ist auch, ob die GSG nicht einige Wohnungen an ihre Mieter verkauft (zur Eigentumsbildung und Vorsorge im Alter). Mit diesem Kapital und den guten Rücklagen könnten auch alternative Wohnformen im Alter unterstützt werden.

Es werden grundsätzlich keine „Posten“ vergeben. Die Frage klingt schon nach Gutherrenart. Nur hoch qualifizierte Personen, bei denen nicht zuerst nach dem Parteibuch gefragt wird, werden wir von der CSFL unterstützen. Das gilt für den Stadtvorstand, aber auch für Führungspositionen in den Stadtwerken und bei der GSG. Beim Stadtvorstand könnten wir uns vorstellen, dass ein Hauptamt auch durch zwei ehrenamtliche Beigeordnete wahrgenommen werden könnte. Stadtwerke und GSG müssen weiter mit einem Geschäftsführer auskommen, mehr lässt die Größenordnung – und das zeigen auch Beispiele aus anderen Städten – nicht zu.



Keine weitere Zerstörung des Umlandes durch konservativ angelegte Gewerbegebiete! Innovative und ökologisch geprägte Visionen umsetzen zur Ansiedlung kleiner und mittlerer Existenzgründer (Gründerwerkstatt, Innovationspark), wo Wohnen, Arbeit und Erholung vernetzt und Arbeitskräfte dauerhaft gebunden werden. Vielfalt statt flächenfressende Hallenmonotonie! Solche Vorzeigeprojekte dienen auch dem Tourismus. Zur Förderung: Sehenswürdigkeiten der Stadtteile vernetzen, unsere „Rheinlage“ besser nutzen, Außenwirkung schaffen durch fair-trade-Stadt, Kommune mit biologischer Vielfalt, Stadtstrand und neue Ideen umsetzen wie Stadt der Schulgärten, pflückbare Stadt, Rhein-Kino.

Dr. Jutta Etscheidt

In der Zukunft benötigen wir mehr kleinere Wohneinheiten für Singles und ältere Menschen, Möglichkeiten des selbstbestimmten aber gemeinschaftlichen Wohnens für Jung und Alt, barrierefreie Wohnungen und vor allem im Hinblick auf die zu erwartende Landflucht bezahlbaren Wohnraum. Moderne Konzepte wie Mietergenossenschaften mit eigener Energiegewinnung oder Wohnungs- und Hausbauten mit dörflicher Struktur sollten gefördert werden. Vor diesem Hintergrund hat Neuwied großen Nachholbedarf.

Eine Stadt wie auch Ihre Tochtergesellschaften müssen heute wie ein Unternehmen geführt werden. Bezüglich der Posten muss deshalb in erster Linie nach Sachkompetenz und nicht nach Parteibuch entschieden werden. Auf jeden Fall treten wir für die Besetzung mit nur einem Direktor bei SWN und GSG ein. Der Stadtvorstand muss kompetent und bürgernah sein und eine mutige, innovative Politik vertreten nach dem Motto „geht nicht gibt's nicht“. Ideenlosigkeit und Zaudern hat Neuwied gegenüber anderen Städten ins Abseits gestellt.